

Spandauer Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig

Verlagspreis: Wöchentlich 40 Pf. und 5 Pfennig für Postlohn. Beim Bezuge durch die Postanstalten für den Monat 2 Mark ausd. Postleib. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik oder Ausperrung hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzleistung des Verlagspreises. — Druck u. Verlag: Stroh & Co., Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno S. Rahn, Wilmersdorf, für Volles und den übrigen Teil E. O. R. C. H. E. N. B. A. C. H., für Anzeigen Bruno S. Rahn, beide Spandau.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags

mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage. Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Neuenfelder Straße 101. Fernruf: Alle Anschläge unter Sammelnummer 4071.



Regelmäßige Beilagen:

Wöchentlich: „Spand. Illustr. Zeitung“ — „Spand. Roman Zeitung“ — „Die Frau und ihre Welt“ — „Der Kleinrentner“ — „Reise u. Verkehr“, 14 täglich: „Techn. Rundschau“, „Film“.

Nummer 76.*

Dienstag, 31. März 1931.

38. Jahrgang.

Die Zukunft der spanischen Verfassung.

Von Graf Romanones,
spanischem Minister des Innern.

Die politische Zukunft Spaniens spiegelt sich in dem umfassenden Programm wider, das die Regierung unter der Leitung des Generalkapitäns der Flotte, Don Juan Bautista Aznar, aufgestellt hat. Es bedeutet eine Rückkehr zu den normalen parlamentarischen Zuständen, denen das Land durch die siebenjährige Diktatur entfremdet war. Es genügt indessen nicht, wieder die gleiche Lage wie vor der Diktatur, nämlich vor August 1922, zu schaffen; man muß auch die Lehren der vergangenen Jahre berücksichtigen und so handeln, daß der Parlamentarismus nicht nur ein Schein, sondern Wirklichkeit wird mit einer das Volk vertretenden Verfassung, nicht mit einer nur auf dem Papier stehenden.

Die kommenden Gemeinde- und Provinzialwahlen sowie die zur Gesetzgebenden Versammlung müssen unbedingt ein getreues Bild des Volkswillens geben. Wir haben bereits alle erdenklichen Maßnahmen getroffen, um diesen Wahlen die größtmögliche Freiheit zu sichern. Die Gouverneure der Provinzen werden daran keinen tätigen Anteil nehmen, sondern nur die Rolle unbeteiligter Zuschauer spielen, d. h. sich unbedingt jedes Eingreifens enthalten. Ich darf versichern, daß ein Gouverneur, der dem entgegenhandelt, telegraphisch abberufen werden wird. Damit die Wahlen ferner in voller Unparteilichkeit und Aufrichtigkeit stattfinden können, haben wir dafür gesorgt, daß die Gouverneure nicht zu der gleichen Partei gehören, die in ihrer Provinz über die Mehrheit verfügt. Wo in einer Provinz zwei Kandidaten auftreten, darf der Gouverneur keiner der beiden Parteien angehören. Ich kann aufrichtig versichern, daß ich bessere Bürgschaften für die Freiheit der Wahlen, als wir sie geben, für unmöglich halte.

Ich will keineswegs behaupten, daß die politische Zukunft Spaniens sehr rosig aussieht, aber sie sieht besser aus als seine Gegenwart. Unser Land verjüngt sich, und das nächste Parlament, das auf verfassungsmäßigem Wege zusammentritt, wird die Wünsche des Volkes prüfen und die Verfassung so ändern, daß sie zwar demokratisch wird, sich aber gleichwohl mit der Monarchie verträgt.

Das Fehlen verfassungsmäßiger Zustände war die Hauptursache der wirtschaftlichen Anarchie. Allgemein gesprochen, ist Spaniens Wirtschaft gesund, da das Land nicht übertrieben industrialisiert ist, noch mit den aus einer Ueberpöplung erwachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Der Boden bringt Getreide, Obst, Gemüse im Ueberfluß hervor, dazu auch noch Baumwolle, und birgt unter der Oberfläche Erze und Kohle. Die Diktatur indessen, die keine Rücksicht auf den Steuerzahler nahm, hat den Grundbesitz der öffentlichen Hand in Unordnung gebracht. Früher, in der Zeit vor dem 19. Jahrhundert, tiefen die Könige die Cortes zusammen, um sich Gelder bewilligen zu lassen. Man sieht daraus, wie unzeitgemäß die Regierung handelte, als sie im Laufe der letzten sieben Jahre über alle Staatseinnahmen und Ausgaben frei verfügte. Wir leiden heute unter den Folgen dieses Vorgehens, können die Lage indessen nicht als bedrohlich ansehen, meoer vom Standpunkt der Wirtschaft noch von dem der Währung. Spanien ist ein sehr reiches Land, das im letzten Jahrzehnt wahrhaft erstaunliche Fortschritte gemacht hat. Bis 1900 balanzierte der Staatshaushalt mit nur 700 Millionen Peseten, während er sich heute auf vier Milliarden beläuft, wobei die Steuerlast nicht drückender ist als in den meisten anderen Ländern Europas. Der Fortschritt läßt sich auf allen Gebieten feststellen, am deutlichsten wohl in der Landwirtschaft. Ein Land, das aus eigener Kraft so rasch vorangekommen ist — eine auswärtige Schuld gibt es nicht —, verdient in Wahrheit das Vertrauen der Welt.

Diese Fortschritte wurden unter der Monarchie erzielt, ein Beweis, daß die Verfassung in dieser Hinsicht nicht geändert zu werden braucht. Ich bleibe dabei, daß keine ernstliche Gefahr das Königtum bedroht, insbesondere nicht, wenn es parlamentarisch eingestellt ist und nicht an den überlieferten Machtvollkommenheiten klebt.

Man fragt mich jetzt vielleicht nach der Zukunft der Republikaner. Ihr Programm, so lautet meine Antwort, wird darin bestehen, den politischen Einrichtungen des Staates einen liberalen Charakter zu verleihen. Es mag überflüssig erscheinen, daß ich als Monarchist das Bestehen einer demokratischen Partei wünsche und gerade auf das Fehlen einer solchen das Zustandekommen der Diktatur zurückführe.

Kurz, die politische Zukunft besteht in einer ehrlichen konstitutionellen Monarchie, in der die Zivilgewalt das Übergewicht haben muß. Was die wirtschaftliche Zukunft angeht, so wird der in den letzten drei Jahrzehnten gemachte Fortschritt auf der Grundlage einer gesunden Währung anhalten; eine der ersten Aufgaben der kommen-

Eine Erklärung der Reichsregierung.

Berlin, 31. März. Die Reichsregierung erläßt folgende Erklärung:

„Vertreter der Rechtsopposition haben auf einer Tagung am 29. März in Nürnberg eine Entschließung gefaßt, die sich mit falscher Begründung gegen die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Befämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 wendet.

Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten richtet sich nicht gegen das Volksbegehren des Stahlhelms. Wie schon anlässlich der Konferenz der Innenminister der Länder vom 18. März 1931 erörtert worden ist, soll sie der legitimen Werbung des Stahlhelms für sein Volksbegehren keinen Abbruch tun.

In einer vor dem Erlaß der Verordnung liegenden Besprechung mit dem für ihre Ausführung in Preußen zuständigen Herrn Preussischen Minister des Innern ist festgestellt worden, daß hierüber volles Einvernehmen zwischen dem Reichsministerium und dem Preussischen Ministerium des Innern besteht.

Die erwähnte Konferenz der Innenminister hat einmütig auf die Notwendigkeit hingewiesen, im Interesse des Staates und der Kultur der von der rechts- und linksradikalen Opposition geschürten Verheerung deutscher

Volksgegnossen gegeneinander mit scharfen rechtlichen Waffen entgegenzutreten, dieser Verheerung, die den Nährboden bildet für die zahlreichen politischen Morde und Ausschreitungen, die das deutsche Volk in den letzten Monaten zu beklagen hatte. Dabei sind in einer ganzen Reihe von Einzelheiten besondere Länderwünsche berücksichtigt worden.

Die Behauptung des Nürnberger Beschlusses der Rechtsopposition, die Reichsregierung habe im letzten Jahre keinerlei Aufbauarbeit geleistet, richtet sich selbst und ist ebenso falsch, wie die der völligen Abhängigkeit der Regierung Brüning von der Sozialdemokratie.

Der Herr Reichspräsident, der übrigens ständig Vertreter der Rechtsopposition persönlich angehört hat und über ihre Auffassung unterrichtet ist, hat die Notverordnung in vollster Kenntnis ihrer einzelnen Bestimmungen, ihrer Handhabung und ihrer Wirkung erlassen. Die Forderung der Aufhebung der Verordnung stellt daher einen persönlichen Angriff gegen den Herrn Reichspräsidenten dar.

Es ist tief bedauerlich und bedarf der schärfsten Abwehr, daß nunmehr von deutschnationaler Seite versucht wird, durch Entstellungen und durch die Verbreitung unwahrer Behauptungen im Volk das Vertrauen in die Person und in die Ueberparteilichkeit des Herrn Reichspräsidenten zu untergraben.“

Die Erklärungen Schobers.

Wien, 31. März. Mit seiner gestrigen Rede (siehe nächste Seite) hat der österreichische Bundeskanzler Dr. Schöber der Welt volle sachliche Aufklärung über die Vorgeschichte des Wiener Vertrags gegeben. Die Rede wird überall dort, wo man die Dinge ohne Voreingenommenheit betrachtet, ihre Wirkung nicht verfehlen. Er erklärt das Abkommen nicht als einen Bruch der Verträge, sondern als eine zwangsläufige Folge der Verträge. Man hat Österreich eine Anleihe gegeben, ihm damit aber nicht die Gelegenheit verschafft, zu arbeiten und seine Produkte abzugeben. Wenn die anderen Staaten, erklärte er, Zeit haben, auf die Entwicklung von Panuropa zu warten, Österreich hat dazu keine Zeit, es muß sofort etwas unternehmen. Sehr interessant war die Mitteilung, daß Schöber schon im September 1930 auf der Paneuropakonferenz vorgeschlagen hat, den Versuch zu machen, durch regionale Abkommen Gruppen von Staaten zu schaffen, welche gleichgerichtete Interessen verfolgen und aus denen dann die Anfänge von Panuropa hervorgehen könnten. Die Welt wäre also nicht so sehr überrascht worden, hätte man Schöber nur ernstgenommen.

Den Verdacht, daß hinter dem Zollvertrag der Anschlußgedanke stehe, entkräftet er durch die Mitteilung, daß Österreich im Begriff steht, mit Ungarn einen auf regionaler Grundlage und auf neuen Ideen aufgebauten Handelsvertrag abzuschließen und hofft, daß die Verhandlungen nach Ostern zu Ende geführt werden können, und daß Österreich im Anschluß daran sich an Südslawien und Rumänien wenden werde, um Verhandlungen über den Beitritt zum Regionalabkommen mit Deutschland zu beginnen. Er teilte weiter mit, daß Deutschland in Wien gegenwärtig Verhandlungen mit Rumänien führt.

Man kann bestimmt annehmen, daß es sich hierbei nicht um Träume handelt, sondern daß Schöber die Lage gründlich geprüft hat und schon jetzt darüber sicher ist, daß er bei den betreffenden Staaten eine grundsätzliche Bereitschaft finden wird.

Die „Reichspost“ stellt den leidenschaftlichen Erklärungen Briands am Sonnabend die Rede Henderjons gegenüber, die um so wohlwollender wirkte, als sie nicht eine Spur von Herpoisität oder Gereiztheit zeigte, und auch nicht die geringste Feilung, aus dem handelspolitischen Entwurf Deutschlands und Österreichs eine nationale Frage oder eine Prestigefrage zu machen. So bedeutete Henderjons Verzicht auf negative kritische Randbemerkungen zweifellos eine Stellungnahme in positivem Sinne. Gegen das von Henderjon geforderte formelle Verfahren bei der weiteren Behandlung der Angelegenheit sei wohl nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß man sich dabei nur mit der recht-

lichen, nicht aber mit der wirtschaftlichen oder politischen Seite des Streitfalles zu befassen haben werde. Wihin gelte für die leidenschaftliche Erklärung Henderjons nur ein Vorbehalt, nämlich daß die Maschinenrie des Völkerbundes nicht dazu benutzt werde, die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse Mitteleuropas in ähnlicher Weise wie die lange Bank zu schieben, wie es mit der Abrüstungskonferenz geschahen ist. — Auch die anderen Blätter unterstreichen den Unterschied zwischen den Auffassungen und Erklärungen Briands und Henderjons einerseits, die in den Absichten und Plänen Deutschlands und Österreichs eine neue politische Konstellation Europas wittern, und der Rede Henderjons andererseits, die sich ausschließlich auf die formal-juristische Prüfung der Frage beschränkt, ob der österreichisch-deutsche Zollverein nicht die Friedensverträge oder die Genfer Protokolle von 1922 entgegenstünden. Gegen eine derartige Prüfung, wiederholte das Blatt, habe weder Deutschland noch Österreich etwas einzuwenden. Beide Staaten hätten ein gutes Gewissen und seien überzeugt, daß in keinem der beiden Vertragskomplexe eine formal-juristische Handhabe zur Verhinderung der österreichisch-deutschen Wirtschaftsangleichung zu finden sei.

Die Rede Henderjons.

London, 31. Mal. Die meisten Blätter begnügen sich mit der sachlichen Wiedergabe der Rede Henderjons im Unterhaus und bringen verschiedentlich zum Ausdruck, daß er offenbar die Zustimmung aller Parteien des Unterhauses gefunden habe. „Daily Telegraph“ macht in einem Leitartikel der deutschen Regierung zum Vorwurf, sie habe im Hinblick auf die deutsche Rechtsopposition gehandelt. — Im Gegenlag hierzu bespricht der diplomatische Korrespondent des Blattes die Lage in leidenschaftlicher Weise und drückt die Hoffnung aus, daß Berlin und Wien die Rede des Staatssekretärs, die persönlich und zurückhaltend sei, würdigen würden, wenn der Korrespondent auch nicht erwarte, daß die beiden Regierungen es dulden würden, daß die Frage des Zollvereins in eine politische Frage verwandelt würde. — „Times“ beglückwünscht in einem Leitartikel Henderjon zu der Art und Weise, in der er einen Zwischenfall erledigt habe, der bei „taktloser Behandlung leicht eine ernste Wendung hätte nehmen können“. Das Blatt nimmt an, daß Deutschland bei einer Behandlung der juristischen Seite der Frage durch den Völkerbundsrat als Ratsmitglied seine Ansicht äußern werde. — Der Berliner Korrespondent der „Times“ bemerkt, die allgemeine Reaktion in der deutschen Öffentlichkeit auf die letzte Rede Briands sei ruhiger als hätte erwartet werden sollen. Die amtliche Haltung Deutschlands bleibt unverändert und wird von der breiteren Öffentlichkeit unterstützt, die der Ueberzeugung zu sein scheint, daß Deutschland in dieser Frage auf sicherem Grunde stehe. In Berlin herrsche die Ueberzeugung, daß Deutschland und Österreich einer Prüfung der juristischen Seite der Frage mit Vertrauen entgegenblicken können.

Elli Beinhorn erhält ein neues Flugzeug.

Berlin, 31. März. Ein Berliner Verlag hat sich bereit erklärt, der Fliegerin Elli Beinhorn, die ihr Klemmflugzeug in der Wüste Sahara zurücklassen mußte, ein neues Flugzeug zu spenden und es ihr zum Rückflug nach Berlin zur Verfügung zu stellen. Der Bourles-mérite-Flieger Osterkamp wird das neue Klemmflugzeug wahrscheinlich noch in dieser Woche nach Afrika überführen und dort der Fliegerin übergeben.

den Volksvertretung wird darin bestehen, für das bis dahin bestehende eine gesetzliche Form zu schaffen. Die Zukunft Spaniens erscheint ungeklärt, und es besteht nicht der leiseste Grund, warum andere Länder das Vertrauen zu uns verlieren sollten.